

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 38/39  
Telex: 866 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz  
MdB zur Notwendigkeit  
einer Entspannung  
zwischen Arm und  
Reich: Entwicklung ist  
der neue Name für  
Frieden.

Seite 1

Dr. Peter Glotz MdB  
zum Erfordernis reali-  
stischer Analysen und  
wachem Handeln in der  
Außenpolitik: Schluß  
mit der Selbsthypnose.  
(Teil III und Schluß)

Seite 3

Hedda Jungfer MdL zur  
Diskussion um die Ab-  
geordneten-Diäten: Re-  
form der Vergütung  
überfällig.

Seite 5

47. Jahrgang / 6

9. Januar 1992

### Entwicklung ist der neue Name für Frieden

Zur Notwendigkeit einer Entspannung zwischen Arm und Reich

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zu-  
sammenarbeit

Im Jahr 1991 hat die Zahl der Asylbewerber mit über 250.000 einen neuen Höchststand erreicht. Dabei fallen neben den kriegsbedingten Flüchtlingen aus dem jugoslawischen Raum vor allem Flüchtlinge aus den Entwicklungsländern einschließlich der Türkei und auch Osteuropa auf. Diese Flüchtlingsbewegungen aus dem Süden und Osten sind vornehmlich eine Folge des wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Nord-Süd- beziehungsweise Ost-West-Gefälles.

Ohne eine Bekämpfung der Fluchtursachen, wird sich der weltweit dynamisch wachsende Strom der Armuts-, Elends- und Kriegsflüchtlinge nicht mindern lassen. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der weltweiten Flüchtlinge nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen um 2,3 Millionen auf 17,3 Millionen erhöht. Darunter fallen aber nur jene, für die der Hohe Flüchtlingskommissar ein Mandat übernommen hat. Mindestens hinzu kommen 2,2 Millionen palästinensische und 0,3 Millionen kambodschanische Flüchtlinge.

Schätzungen sagen, daß allerdings nur zehn bis 20 Prozent der Flüchtlinge nach Europa und Nordamerika fliehen. Der Rest wird - bisher noch - von den Entwicklungsländern selbst aufgenommen. Das wird nicht so bleiben, denn der Fluchtdruck wächst.

Ein Blick auf den Nord-Süd-Konflikt macht klar: Die ganze Menschheit ist von immer gefährlicher tickenden Zeitbomben bedroht.

Fluchtursachen sind vor allem die katastrophalen Lebensbedingungen in weiten Teilen unserer südlichen Halbkugel: Krasse Armut, Hunger, Kriege, Bürgerkriege, ethnische Konflikte, Umwelterstörung und -katastrophen, schwere Menschenrechtsverletzungen, dramatischer Bevölkerungsanstieg, korrupte, kleptokratische Eliten und diktatorische Regime bilden ein makaber-dramatisches Szenarium der Vertreibung.

Hinzu kommen auf der anderen Seite Gründe, die eine Abwanderung in die Industrieländer attraktiv erscheinen lassen: Vor allem bessere Lebensbedingungen, Freiheitsrechte, demokratische Regierungssysteme, bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und innerer Friede.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Friedensweg-Organ  
entworfenes & gestaltetes  
Recycling-Papier



Victor Hugo hat gesagt, der Anfang aller Verbrechen des Menschen bestehe darin, die Kinder zu "Landstreichern", zu Flüchtlingen, zu Heimatlosen zu machen. Heute sind Millionen von Kindern auf der Flucht vor der Perspektivlosigkeit des Elends und der Unterdrückung - mit Eltern oder allein.

Weil das Drama des Südens auch im Norden spielt, brauchen wir nicht nur eine ökologische, sondern auch eine entwicklungsverträgliche Neuorientierung der gesamten Politik, das heißt natürlich auch der Entwicklungspolitik - aber eben nicht nur.

Dazu muß auf drei Ebenen gleichzeitig angesetzt werden:

- Schaffung gerechter internationaler Rahmenbedingungen. Abbau von unfairen, die Länder des Südens benachteiligenden internationalen Finanz- und Handelsstrukturen. Auch ist es längst an der Zeit, daß die Entwicklungsländer - zumindest aber ihre tatsächlichen Interessen - mit an den Tisch der G 7-Gruppe genommen werden. Es ist längst an der Zeit, daß sich die Industrieländer, allen voran die Bundesrepublik, sich auf eine äußerst restriktive Haltung bei den Rüstungsexporten verständigen.
- Strukturanpassung in den Industrieländern: Es wird immer mehr zu Gewißheit: Wir müssen anders leben, damit andere und wir selbst in Frieden und Freiheit überleben können. Das erfordert ein radikales Umdenken bei unseren Konsum- und Produktionsgewohnheiten. Wir leben in einer voneinander abhängigen Welt und die reichen Industriestaaten, die ihren Reichtum auf Kosten der armen Länder nach wie vor bestreiten, müssen ihren Beitrag zur global-ethischen Verantwortung leisten. Das geht bis zum einzelnen: Ausländerfreundlichkeit ist das Mindeste, was jeder von uns hinzuzusteuern vermag.
- Beseitigung der oben genannten Entwicklungshemmnisse in den Entwicklungsländern selbst. Wir wollen, daß entwicklungspolitische Prüfsteine wie Menschenrechte, wirtschaftlich-soziale Entwicklung, Rüstungsausgaben und Umwelt zu Grundlagen entwicklungspolitischer Zusammenarbeit gemacht werden. Diktatorische Regime dürfen nicht durch entwicklungspolitische Zusammenarbeit gepäpelt werden. Allenfalls sind Projekte denkbar, auch über Nichtregierungsorganisationen, die unmittelbar der notleidenden Bevölkerung, dem Umweltschutz und demokratischen, rechtsstaatlichen Kräften und Reformen zugute kommen.

Es ist mehr als deutlich: Entwicklungspolitik im Sinne einer auf Dauer tragfähigen, sozial gerechten, wirtschaftlich produktiven und ökologisch verträglichen, menschenwürdigen Entwicklung muß, soll uns der Nord-Süd-Konflikt nicht Kopf und Kragen kosten, im weiten Sinne stattfinden. Das heißt: Sie muß bis an die Gelenkstellen der wirklichen Mächte dieser Welt vordringen und dort wirksam werden. In Zukunft müssen Maßnahmen der Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Entwicklungspolitik aufeinander abgestimmt zur Bekämpfung der Unterentwicklung in den armen Ländern und damit zugleich der Fluchtursachen eingesetzt werden.

Der geringste Beitrag von deutscher Seite für eine derartig neuorientierte Entwicklungspolitik, die sowohl aus humanitären Gründen als auch aus wohlverstandenen Eigeninteresse geboten ist, ist eine Verdoppelung der entwicklungspolitischen Mittel im Lauf der 90er Jahre, wie dies von der SPD in einem dem Bundestag vorliegenden Antrag "Bekämpfung der Fluchtursachen" gefordert wird. Meiner Meinung nach sollten dafür insbesondere im Verteidigungshaushalt zu kürzende Mittel eingesetzt werden. Entwicklung ist der neue Name für Frieden.

Zugunsten der hilfsbedürftigen Länder Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion müssen auf nationaler und internationaler Ebene noch stärker wirkungsvolle kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen im Rahmen einer verstärkten politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Kooperation angeregt und ergriffen werden. Beim Technologie- und Erfahrungstransfer mit diesen Ländern sollte die Bundesregierung die Erkenntnisse und Instrumente bisheriger Entwicklungszusammenarbeit stärker nutzen. Dabei sind besonders adäquate Eigenanstrengungen zu fördern und die gewachsenen Handelsbeziehungen innerhalb Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu unterstützen.

In einem Zeitalter der Entideologisierung rufen wir Sozialdemokraten zu einer neuen Ära der Entspannungspolitik auf. Nach der militärischen Entspannung zwischen Ost und West fordern wir jetzt die wirtschaftliche und soziale Entspannung zwischen Arm und Reich; das krasse Gefälle zwischen armen und reichen Ländern stellt heute die eigentliche Gefahr für den internationalen Frieden dar.

(-/9. Januar 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Schluß mit der Selbsthypnose (Teil III und Schluß)**  
**Zum Erfordernis realistischer Analysen und wachem Handeln in der Außenpolitik**

Von Dr. Peter Glotz MdB\*

III.

Wird die Sozialdemokratie im Jahr 1992 eine Politik machen die sich den analysierten Problemen stellt? Ich hoffe es. Allerdings sollte sie die Mahnungen des Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, ernst nehmen. Er hat - sinngemäß - gesagt: Der Laden muß sich jetzt rasch um eine Führungsfigur scharen, die Streitfragen entscheiden und pausenlos nur eins tun: Diese Regierung und diesen Kanzler angreifen. Ich halte diese Empfehlung für richtig.

Sie ist übrigens auch richtig, was die Notwendigkeit betrifft, rasch eine Entscheidung über die Kanzlerkandidatur zu fällen. Das heißt nicht: Übermorgen, vor den nächsten Landtagswahlen. Aber es heißt sehr wohl: im Jahr 1992. Diese Debatte, die ganz unausweichlich ist, weil es Nichts gibt, was die Journalisten mehr interessiert als Personalien, muß beendet werden. Und sie kann nach aller Erfahrung nur beendet werden durch die Entscheidung selbst, nicht durch irgendwelche Machtworte. Irgendwann, zum Teufel, muß die Entscheidung gefällt werden. Und warum nicht 1992?

Ich höre da immer das seltsame Argument, ein Kandidat könne sich verschleißen. Ich habe das schon vor fünf Jahren gehört, als ich selbst dafür verantwortlich war, daß Johannes Rau verhältnismäßig früh benannt wurde. Ich halte das Argument für falsch. Verschleißt sich Renate Schmidt vielleicht, weil man heute schon weiß, daß sie diejenige sein wird, die Max Streibl die Ministerpräsidentenschaft in Bayern streiftig macht? Nein, sie verschleißt sich nicht, sie löst ihre Aufgabe bravourös und es ist weit besser, daß man weiß, woran man ist, als wenn die geneigte Öffentlichkeit noch herumraten würde, wer von uns 1994 kandidiert. Die bayerische Landtagswahl ist noch einen Monat nach der Bundestagswahl. Das Verschleißargument richtet sich gegen den, der Angst haben sollte, er könne verschlissen werden.

Ich empfehle der SPD das Modell Brandt aus den frühen sechziger Jahren. Damals war Willy Brandt die unbestrittene Spitzentfigur der Partei; er war es übrigens nicht nur bei einer Wahl, sondern bei mehreren Wahlen und niemand hat davon gesprochen, er könne sich "verschleißen". Brandt war umgeben von Politikern von hohen Graden: ich nenne Fritz Erler, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alex Möller, Karl Schiller. Und jeder, der sich mit Brandt anlegte, legte sich mit der kompletten Führung der Partei an. Und ich verrate ein tiefgehütetes Geheimnis: Die Herren liebten sich nicht einmal. Sie arbeiteten nur für eine Idee, für ein Ziel zusammen. Das müßte den Damen und Herren von heute doch auch zumutbar sein.

---

\* Dr. Peter Glotz trug diese Gedanken auf dem Dreikönigstreffen der bayerischen SPD am 6. Januar in München vor.

Und wenn man dieses Modell Brandt übernimmt, dann ist es übrigens durchaus denkbar, daß man mittelfristig die Idee Björn Engholms, Hans-Ulrich Kioses und Karl-Heinz Blessings aufgreift und die Mandatsträger der Partei nicht nur durch Delegierte, sondern durch alle Mitglieder wählen läßt. Ich habe diesen höchst demokratischen Vorschlag schon 1981 gemacht; es war einer von zehn Vorschlägen zur Reform der Partei. Sieben sind damals akzeptiert worden, drei wurden abgelehnt. Der, der von der Delegierten-SPD mit der größten Mehrheit abgelehnt wurde, war der Vorschlag, Primaries, also Vorwahlen nach amerikanischem Muster einzuführen.

Nach Erläuterung dieser Vorgeschichte sage ich: Es ist gut, wenn die Parteispitze jetzt erneut einen solchen Vorstoß macht. Sie muß sich aber klar darüber sein, daß eine derartige Kulturrevolution nicht vom Präsidium der Partei, sondern nur von einem Parteitag zu beschließen ist. Dies heißt für mich, daß der Kanzlerkandidat für das Jahr 1994 noch auf konventionellem Wege, nicht über Vorwahlen bestimmt werden wird. Man kann langfristige Ziele verfolgen und trotzdem kurzfristig das tun, was vor die Hand kommt. So sollte die Sozialdemokratie jetzt ihre Probleme lösen.

Damit beschließe ich diese Tour d'horizon. Die deutsche, ja die gesamte europäische Linke hat sich, so behaupte ich, durch die mitteleuropäische Revolution von 1989 den Schneid abkaufen lassen. Der Neokonservatismus war schon im Abstieg; jetzt hat er sich da und dort wieder gefangen. Es gibt aber nicht den geringsten Grund, daß die westeuropäische Sozialdemokratie mit hängenden Köpfen herumlaufen müßte, nur weil die Kommunisten, die sie seit 1903 oder 1917 bekämpft hat, ihr System endgültig in den Graben gefahren haben. Ja, es ist wahr: In Mitteleuropa gibt es manche Leute, die "sozial", "sozialistisch" und "kommunistisch" nicht voneinander unterscheiden können und deshalb jetzt Friedrich August von Hajek für den größten Theoretiker der westlichen Welt halten. Aber das ist für uns doch kein Grund uns in irgendwelche Mauselöcher zu verkriechen. Es ist für uns ein Grund, den Menschen klar zu machen: Zwischen den falschen Wegen einer Zentralverwaltungswirtschaft, wie sie im Osten Europas gerade gescheitert ist und eines ungezügelten Kapitalismus, der sie im Osten Europas in den nächsten Jahren scheitern wird, gibt es eine vernünftigerere Lösung - einen sozialdemokratisch geprägten Sozialstaat, eine kreative, freie aber sozial balancierte Gesellschaft, eine antinationalistische, antirassistische, eine konsequent kriegsfeindliche Politik.

Der Marktradikalismus wird siegen? Diese Behauptung ist geradezu absurd. Mit Marktradikalismus ist die Schuldenkrise dieser Welt zum Beispiel ganz und gar nicht in den Griff zu bekommen. Die schwächsten Entwicklungsländer leisten in den letzten zehn Jahren einen milliardenschweren realen Ressourcen-Transfer in die Länder der Ersten Welt. Und warum? Weil der Westen, genauer gesagt: ein unkontrolliertes Bankensystem die Zinsen diktiert. Wer dieses System der Ausbeutung für ein Zukunftssystem hält, der muß verrückt sein.

Genauso ist es mit dem ökologischen Problem. Ja, die Zentralverwaltungswirtschaften haben ökologischen Raubbau getrieben. Aber das heißt doch im Umkehrschluß nicht, daß der Marktradikalismus ökologische Politik betriebe. Tatsache ist doch, daß wir unsere Lebensgrundlagen endgültig zerstören, wenn wir weiter nur so wie heute auf die Lobbies hören. Tatsache ist doch, daß die Schuldenkrise der Dritten Welt die ökologische Krise noch verschärft, weil den armen Teufeln im Amazonasgebiet nichts übrig zu bleiben scheint als die Regenwälder zu roden und zu zerstören. Ich wiederhole: Wer behauptet, daß die Weltprobleme von heute einfach mit ungefiltertem Marktradikalismus zu lösen seien, der ist so schwach, daß er schon kaum mehr diskussionsfähig ist.

Ich sage das - ausnahmsweise - nicht an die Adresse von Helmut Kohl. Der weiß das. Er ist ja weit gemäßigter als Margret Thatcher, Leszek Balcerowicz, Vaclav Klaus oder Giscard d'Estaing. Ich sage das an unsere eigene Adresse, an die Adresse der europäischen Linken. Der Kommunismus schien die Zukunft gepachtet zu haben, die Utopie. Jetzt versuchen die Konservativen jeden Zukunftsbezug, jede Utopie zu zerstören. Meine Botschaft lautet: Wenn die Linke das hinnimmt, dann kann sie sich einpacken lassen. Einer von Salomos Sprüchen lautet: "Wenn es keine Visionen gibt, werden die Menschen wüst und leer." Ich wünsche mir

eine pragmatische Linke, die an der Aufgabe, Visionen zu entwickeln nicht verzweifelt. Ich wünsche mir eine Linke, die angreift, nicht zurückweicht. Ich kämpfe für eine Linke, die nicht einfach stolz ist auf Deutschlands wiedergewonnene Größe, sondern die diese Größe benutzt um dafür zu sorgen, daß der alte Kontinent Europa ein Kontinent bleibt, auf dem man leben kann und leben läßt. Ich danke für die Geduld.

(-/9. Januar 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Reform der Vergütung überfällig** **Zur Diskussion um die Abgeordneten-Diäten**

**Von Hedda Jungfer MdL**  
**Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Der Hamburger "Diätenskandal" wird hoffentlich allen deutlich gemacht haben, daß eine grundlegende Reform der Vergütung für Abgeordnete und Regierungsmitglieder überfällig ist.

Drei Punkte sind es vor allem, die zu Recht unsere Bürgerinnen und Bürger seit langem ärgern:

#### **1. Das Entscheidungsverfahren**

Bislang entscheiden Parlamente selbst darüber, was ihre Mitglieder an Diäten und Entschädigungen erhalten. Kein Berufsstand hat ein solches Privileg. (Ausnahmen sind Selbständige, Unternehmerinnen und Unternehmer - und hier entscheidet der Markt, ob zu diesem Preis eine Leistung, ein Produkt in Anspruch genommen wird.)

Und bei den Regierungsmitgliedern handeln letztlich die Tarifpartner des Öffentlichen Dienstes mit den Vergütungen für diesen auch die "automatischen" Erhöhungen für die Spitzenpositionen in den Regierungen aus.

#### **2. Die Pauschalierung der mandatsbedingten Aufwendungen**

Auch dies ist ein Privileg, das in dieser Form kein anderer Berufsstand für sich in Anspruch nehmen kann. Aufwendungen müssen überall sonst belegt werden, um vom Steuereinkommen abgezogen werden zu können. Wieso bei Abgeordneten und Regierungsmitgliedern die Bezüge in Einkommen und - steuerfreie - Aufwandsentschädigungen aufgeteilt sind, ist nicht erklärlich und stößt deshalb zu Recht auf Unverständnis.

#### **3. Die Undurchsichtigkeit der Gesamteinkommen in der Politik**

In diesem Punkte sind Abgeordnete und Regierungsmitglieder nun in der Tat allen anderen Bürgerinnen und Bürgern gleichgestellt. Das "Steuergeheimnis" zählt - so scheint es - fast zu den "Grundrechten". Aber gerade für diesen Personenkreis wäre eine Sonderregelung dringend erforderlich: Mit der Übernahme eines Mandats und/oder eines Regierungsamtes verpflichten sich Menschen, ihr Handeln am Gemeinwohl auszurichten und keine sachfremden Interessen, insbesondere nicht gegen materielle Vorteile, zu vertreten. Nicht umsonst sind Themen wie "Lobbyismus", "Beraterverträge" und "Stimmenkauf" immer wieder Themen öffentlicher Diskussionen.

In den angelsächsischen Ländern ist es deshalb selbstverständlich, daß Politikerinnen und Politiker ihre Einkommenssteuer-Erklärungen veröffentlichen müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, auf Grund welcher Aktivitäten und in welcher Höhe Einkommen zusätzlich zu den mandatsbedingten Bezügen erzielt werden.

Alle drei Punkte könnten sehr schnell verändert werden. Nachdem die überwältigende Mehrheit der davon Betroffenen mit Sicherheit sorgfältig und gewissenhaft ihre Arbeit tut, nicht bestechlich ist und wirklich nach ihren Überzeugungen zum Nutzen aller das auf Zeit verliehene Mandat ausübt, stellt sich die Frage, warum das System nicht schon längst geändert wurde.

Zu fordern ist:

**1. Die Parlamente dürfen nicht mehr über ihre eigenen Verdienste entscheiden.**

Stattdessen müssen objektive Daten aus der Volkswirtschaft zur Grundlage für die Festsetzung der Bezüge und der jeweils angemessenen Steigerungsraten herangezogen werden (zum Beispiel die Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen, der Preissteigerungs-Index, der Lebenshaltungskosten-Index). Auch diese Indizierung darf dann allerdings nicht von den Parlamenten allein vorgenommen werden, sondern muß durch Gremien erfolgen, die davon definitiv unabhängig sind. Wieso nicht die Verfassungsgerichte?

Im übrigen sollten Regierungsmitglieder von den Entgelten, die von den Tarifparteien ausgehandelt werden, abgekoppelt werden und ihre Bezüge sich an denjenigen der Parlamente orientieren, die sie wählen und kontrollieren.

**2. Schluß mit der großzügigen Pauschallierung von Aufwandsentschädigungen!**

Die Spitzabrechnung der tatsächlichen Aufwendungen ist ein Verfahren, das über die tatsächlich entstandenen Kosten Transparenz vermittelt und zusätzlich Ungerechtigkeiten der Abgeordneten untereinander beseitigt. Natürlich ist die Kostenstruktur für Abgeordnete mit Stimmkreis weit vom Parlamentsort entfernt eine ganz andere als die für solche mit parlamentsnahen Stimmkreisen.

Auch hier eine notwendige zusätzliche Forderung: Die abrechenbaren Aufwendungen müssen in ihrer Höhe begrenzt werden.

**3. Gesetzliche Pflicht für Abgeordneten und Regierungsmitglieder, ihre Steuererklärungen zu veröffentlichen!**

Nur so läßt sich das verwirklichen, was allgemein gefordert und nach den erklärten Absichten von Parlamentspräsidenten auch angeblich bezweckt ist: gläserne Politikerinnen und Politiker, bei denen alle Interessierten selbst nachvollziehen können, auf welche Weise sie ihr Einkommen erzielen. Nichts gegen Lobbyismus - aber Wählerinnen und Wähler sollen wissen, wem sie ihre Stimme geben. In diesen Zusammenhang gehört natürlich auch die Forderung, endlich die Strafbarkeit der Abgeordneten-Bestechung einzuführen.

Es ist geradezu peinlich, wie alle bisherigen Anläufe dazu dann wieder im Bonner Parlamentsbetrieb "versickerten".

Ich wünsche mir für 1992, daß diese längst überfälligen Reformen endlich durchgeführt werden, und fordere alle Parlamente auf, daß dazu Notwendige schleunigst zu beginnen! Damit unsere Demokratie und das Ansehen unserer Politikerinnen und Politiker nicht noch weiter Schaden nimmt!

(-/9. Januar 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*